

Ampel Was dafürspricht, dass die rot-grün-gelbe Koalition zerbricht **Politik** S. 5

Medien Wie bei Corona, so im Krieg: Eine aktualisierte Journalismuskritik **Debatte** S. 15

Graffiti Westberlin, zur Zeit der Baseballschlägerjahre: Ein Sprayer erzählt **Literatur** S. 21

Kino Das FBI warnt wirklich vor diesem Thriller: „How to Blow Up a Pipeline“ **Film** S. 22



Das Rad muss in die Bahn!

Rollstühle, Kinderwagen, Fahrräder: Wie Zufahren für alle eine Freude wird **s. 6/7**

ILLUSTRATION: PETER BREITING

Patt heißt langer Krieg

Menetekel Irak, Korea und Afghanistan – oft wurden bewaffnete Konflikte zu spät beendet. Im Fall Ukraine könnte sich das wiederholen

■ Hans-Georg Ehrhart

Eigentlich sind sich viele in Politik, Medien und Militär einig: Es sieht ganz danach aus, dass der Krieg in der Ukraine noch lange dauert. Für die einen hat er gerade erst so richtig begonnen, weil beide Kontrahenten unbedingt siegen wollen. Moskau wegen imperialer Ziele und der (vermeintlichen) Gewissheit, über genug gesellschaftlichen, ökonomischen und militärischen Rückhalt zu verfügen, oder wegen einer wahrgenommenen existenziellen Bedrohung durch die USA und den Westen. Hinzu kommt die Überzeugung, das Ringen um eine andere Weltordnung sei in eine entscheidende Phase getreten, sodass man keine andere Wahl habe.

Kiew will unbedingt den Sieg, weil es Opfer einer Aggression ist und das Völkerrecht auf seiner Seite steht. Es sieht sich nicht nur in einem existenziellen Abwehrkampf, sondern auch als Vorkämpfer für die westliche Zivilisation und ihre Werte. Die ukrainische Führung vertraut auf anhaltende Unterstützung durch die Bevölkerung, um das erklärte Ziel zu erreichen, alle annektierten Gebiete zurückzuerobern und integraler Bestandteil der westlichen Institutionen zu werden. Andere verweisen darauf, dass beide Protagonisten den Krieg gewinnen müssen. Moskau, weil sonst das autoritäre Regime ins Wanken geraten oder Russlands Großmachtstatus schwinden könnte – auch weil es bereits einen sehr hohen Blutzoll entrichtet hat. Spiegelbildlich gelten alle drei Argumente genauso für Kiew: ein fragiles demokratisches System könnte bei einer Niederlage kippen, die Einbindung in den Westen ebenso. Die Diskussion, wofür das Land hohe Opfer zu ertragen hätte, könnte zur Zerreißprobe werden. Auch die westlichen Regierungen schwören ihre Be-

völkerungen auf einen langen Krieg ein. Kaum ein EU- oder NATO-Treffen ohne die Versicherung, man werde die Ukraine so lange aufrüsten wie nötig. Die USA, Deutschland und andere fahren dazu ihre Kapazitäten weiter hoch, um an Kiew gelieferte Waffen zu ersetzen und sich auf einen andauernden Konflikt vorzubereiten. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg meint, der Westen werde noch für eine lange Zeit Waffen in die Ukraine schicken müssen.

Nur liefert die jüngere Vergangenheit Beispiele, dass ein zwischenstaatlicher Krieg sich hinziehen und sehr verlustreich sein kann. Der Korea-Krieg dauerte drei Jahre, kostete vier Millionen Menschen das Leben und endete in einem Patt. Der Golfkrieg zwischen Irak und Iran begann 1980 und endete 1988, forderte eine Million Opfer und hat letztlich am Status quo ante nichts geändert. Der US-Angriffskrieg gegen den Irak war zwar nach wenigen Wochen vorbei, doch dann folgten für fast zehn Jahre Besetzung und Aufstandskämpfung. Die USA blieben ähnlich erfolglos wie in 20 Jahren Afghanistan-Krieg.

Washington und Peking sind gefragt, da Moskau und Kiew auf Sieg setzen

Um solche langfristig hohen Belastungen zu vermeiden und die Gunst der Stunde des noch vorhandenen öffentlichen Rückhalts zu nutzen, plädieren manche für eine schnelle militärische Lösung. Freilich brauche es dazu mehr und wirksamere Waffen, um Russland zu besiegen. Das korrespondiert mit der Behauptung, die Abschreckungswirkung der USA, der NATO überhaupt, ginge verloren, würde es der Westen

Moskau erlauben, auch nur kleinere Teile der eingenommenen Gebiete zu behalten. Das wäre eine Einladung an revisionistische Mächte wie China, es Moskau gleichzutun. Ein Eskalationsrisiko sehen die Verfechter dieses Ansatzes nicht, da Russland bislang nach westlichem Waffentransfer auch nicht mit einer Ausweitung des Krieges über die Grenzen der Ukraine hinaus reagiert habe. So soll eine mit massivem westlichen Waffenversand ermöglichte Offensive für die einen der Anfang vom Ende der russischen Besetzung sein, während andere hoffen, die Konfrontation ließe sich auf der Basis des Status quo ante vor dem 24. Februar 2022 eindämmen.

Die Befürworter eines schnellen Sieges der Ukraine übernehmen – wahrscheinlich unbewusst – das russische militärstrategische Konzept, zu eskalieren, um zu deeskalieren. Sie ignorieren die Gefahr einer sich selbstständig entzündenden Eskalationsspirale und unterschätzen das Potenzial und den Willen Moskaus, durchzuhalten. Sie blenden aus, dass selbst kurze zwischenstaatliche Kriege in langwierige Konflikte münden können. Es wäre daher besser, möglichst schnell eine Waffenruhe zu vereinbaren. Da Moskau und Kiew das derzeit nicht wollen, müssen Washington und Peking vorangehen, um entsprechende Bedingungen auszuloten. Denn gleich wie eine ukrainische Offensive ausgeht, dürfte an der Notwendigkeit einer Feuerpause kein Weg vorbeiführen. Würde die ukrainische Armee bis zur Landenge von Perekop durchbrechen, müssten die gewonnenen Gebiete gesichert und der Versuch einer Rückeroberung der Krim wegen der damit verbundenen nuklearen Eskalationsgefahr verhindert werden. Blicke die Offensive stecken, wäre ein langwieriger Stellungskrieg zu verhindern. Gelänge Moskau gar der Gegenschlag, wäre ein Waffenstillstand nötig, um noch größere Gebietsverluste und ein direktes Eingreifen des Westens zu vermeiden. Ein unverzügliches Schweigen der Waffen liegt nicht nur im objektiven Interesse der direkt Kriegsbedingten, auch Europas, des Globalen Südens und der Weltmächte selbst.

Lesen Sie mehr zum Thema auf Seite 9

Ulrike Baureithel kommentiert das Reden über die Klima-Proteste

„Klima-RAF“?! Erschreckend ist vor allem der Umgang mit der Letzten Generation

Straftäter! Erpresser! Klima-Terroristen oder gar: Klima-RAF! Die Gegend gegenüber den jungen Menschen, die auf die Straße gehen, ist vorbei. Auf „dem Holzweg“ seien jene, die Straßen blockieren, meint Jens Kühnert, „unverantwortlich“ handle, wer dafür „Menschenleben gefährdet“, sagt Karl Lauterbach. Sie wissen sich einig mit „dem Volk“, das einer Umfrage zufolge die Aktionen der Letzten Generation mehrheitlich ablehnt. Grünen-Chefin Ricarda Lang positioniert sich mit subtilen Terminen: „Einfach nur daneben“. „Völlig bekloppt“, schöpft Kanzler Olaf Scholz imponierend Analytisches aus seiner Juso-Zeit. Einige sind sich alle, dass es nicht angeht, den Lebenskreislauf des Kapitalismus (auf der Straße) zu behindern oder seine symbolische Reproduktion (Bilderturm aufs Grundgesetz-Denkmal) herauszufordern.

Für die Eskalation des Diskurses sorgen schließlich diejenigen, die schon in der Jungen Union mit dem Phantasma einer bedrohten „inneren Sicherheit“ aufgewachsen sind wie CDU-Chef Friedrich Merz. Oder offenbar einfach keine Ahnung haben, was der Unterschied ist zwischen Klimaschützern, den Taliban, einer „kriminellen Sekte“, der RAF oder den Nazis. Lässt sich alles nachlesen, durchaus von prominenten Leuten. Wer völlig verblödet im Trüben fischt, redet ohnehin nur von „Abschaum“.

So etwas noch einmal zu erleben, haben sich viele Angehörige meiner Generation, die aus den militanten 1970er Jahren gelernt haben und die Strategien gewaltlosen und zivilen Ungehorsams in den unterschiedlichsten Bewegungen mitarbeitet und kultiviert haben, nicht vorstellen können. „Sympathisant“ war einmal das Verdikt, das alles kosten konnte, Familie, Karriere, Freiheit. Sind die 16 Prozent, die sich laut Umfrage zu den Protesten der Letzten Generation bekennen, auch Sympathisantinnen? Weil sie allzu gut verstehen, dass die Ak-

tivistinnen keine andere Möglichkeit sehen, als spektakulär auf das Problem aufmerksam zu machen? Weil alles andere im virtuellen Raum verdampft oder zerrieben wird in der Mühle der parlamentarischen Demokratie?

„Man muss lauter werden, um sich durchzusetzen“, zeigt der ehemalige Verfassungsrichter Andreas Voßkuhle Verständnis für die vergleichsweise „harmlosen Sandkastenspiele“ der Klima-Blockierer. Aber „hart durchgreifen“ oder herunterspielen sind zwei Strategien, sich mit deren Anliegen nicht auseinandersetzen zu müssen.

Als ziemlich unerwartetes Spektakel hat einmal die 1968er-Bewegung begonnen angesichts eines staatlich herbeifantasierten „Notstands“. Ihm verdanken wir eine in Westdeutschland damals unvorstellbar mental-kulturelle Erneuerung. 1977 fühlte sich das politische Wachbataillon in Bonn schließlich so bedroht von der RAF, „dass gegen sie der strafrechtliche Grundgedanke der Abschreckung versagt“, so der damalige SPD-Kanzler Helmut Schmidt, „und nun der inneren Sicherung bestimmend sein muss. Wir müssen sie hinter Schloss und Riegel bringen“.

Ich erschreke, wenn ich solche Sätze wieder lese und sie mit dem vergleiche, was die Nachrichten über die Letzte Generation heute prägen und den Umgang mit ihr. Der verbale Gewalt folgt der polizeiliche Durchgriff. Statt sie unter Bestandsschutz zu stellen, wie der Sprecher von UN-Generalsekretär António Guterres fordert, werden sie mundtot gemacht. Doch in diesem Fall droht kein bleierner Herbst, sondern ein Hitzesommer, den wir alle zu spüren bekommen.

Lesen Sie mehr zum Thema auf Seite 13